

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 44 / 40. Jahrgang

Erscheinung wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelschein kostenlos

Berlin, 5. Nov. 1926

Der Kampf um den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge.

Die Zahl der hauptunterstützten Erwerbslosen ist seit dem Monat Februar dieses Jahres, in dem sie ihren Höhepunkt mit über 2 Millionen Hauptunterstützten erreichte, um annähernd 600 000 zurückgegangen. Diese Milderung der Krise kann nicht optimistisch stimmen, wenn man berücksichtigt, daß der kommende Winter eine erneute Freisetzung von Arbeitskräften, besonders aus der Landwirtschaft und dem Baugewerbe, zur Folge haben wird. Die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms sind schwerer zu überschauen, eines aber läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß auch durch die im Rahmen dieses Programms getroffenen Maßnahmen eine entscheidende Besserung auf dem Arbeitsmarkt vorläufig nicht erzielt werden kann. Schließlich muß man annehmen, daß die Verminderung der Zahl der Hauptunterstützten zu einem Bruchteil auch zurückzuführen sein dürfte auf das Ausbleiben derjenigen, die bereits die Höchstdauer erschöpft haben, der sogenannten Ausgesetzten. Ueber die Zahl der Ausgesetzten soll eine Erhebung vom 15. Oktober d. J. deren Ergebnisse aber noch nicht vorliegen, geben. Es liegen aber eine Reihe neuerer Schätzungen vor, nach denen man bereits jetzt mit Hunderttausenden von Ausgesetzten rechnen kann.

Im Nr. 32 der Gewerkschafts-Zeitung wurde bereits ausführlich auf das Problem dieser Ausgesetzten hingewiesen. Es wurde dort erklärt, daß es keine andere Lösung dieser Frage geben könne als die Verlängerung des Unterstützungsbetrages für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. Trotzdem ist die Regierung den von den Gewerkschaften bekämpften Weg gegangen, die Fürsorge für die Ausgesetzten den kommunalen Fürsorgeverbänden zu übertragen. Allerdings sollen diesen 50 v. H. der für die Ausgesetzten gemachten Aufwendungen vom Reich wegen ersetzt werden, falls sie dem Erwerbslosen die in der Erwerbslosenfürsorge geltenden Sätze weiterzahlen. Ebenso sollen die Gemeinden verpflichtet sein, die Krankenerwerbsbeiträge für die Ausgesetzten zu übernehmen, wofür ihnen gleichfalls 50 v. H. Ersatz zu leisten ist. Diese an sich vollkommen unmögliche Regelung wird aber nun noch weiter dadurch eingeschränkt, daß sie sich nur beziehen soll auf die nach dem 1. Oktober d. J. Ausgesetzten. Wie bereits vorher Ausgesetzten und auch alle die, die aus sonstigen Gründen, z. B. mangels erfüllter Anwartschaftsfrist, die Erwerbslosenfürsorge nicht in Betracht kommen, bleiben ohne alle Sicherungen auf die gemeinliche Wohlfahrtskasse angewiesen. Für sie wird ein Zusatz nicht gewährt, so daß die Belastung der Gemeinden tatsächlich eine ganz außerordentliche ist.

In diesen Tagen beschäftigt sich nun das Parlament mit den von den Arbeitervertretern im Reichstag gestellten Anträgen auf unbegrenzte Verlängerung der Unterstützungsdauer. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß nur durch Annahme dieser Anträge die besondere Notlage der Ausgesetzten behoben werden kann und zugleich eine Gefährdung der allgemeinen Wohlfahrtskasse durch Überlastung mit ihr fremden Aufgaben zu vermeiden ist.

Die parlamentarische Auseinandersetzung eritret sich aber nicht nur auf die Verlängerung der Unterstützungsdauer, sondern gleichzeitig auf die dringend notwendige Erhöhung der in der Erwerbslosenfürsorge gezahlten Sätze. Auch hier verhält sich die Regierung vorläufig noch durchaus ablehnend und will einer Erhöhung allenfalls für die Jugendlichen zustimmen.

Ferner sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Anträge auf Befreiung der Bedürftigkeitsprüfung und der Hilfsarbeit erneut aufgenommen worden. Schließlich ist auch beantragt worden, im Zusammenhang mit der Fürsorge für die Erwerbslosen die besondere Notlage der älteren Arbeiter und Angestellten zu erörtern und die Möglichkeiten eines besonderen Schutzes für diese zu prüfen. Darüber hinaus wird sich der Reichstag in seiner kommenden Tagung auch mit dem Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes befassen müssen, der den Reichsarbeitsrat bereits passiert hat und zurzeit dem Reichstag vorliegt.

Hier wird es vor allem die Frage nach der finanziellen Belastung durch Einführung einer Staffelung der Unterstützungssätze nach dem Lohnklassensystem sein, die Mittelpunkt der Erörterung wird. Die Regierung in den Mittelpunkten der Erörterung wird. Die Regierung behauptet nämlich, daß die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Staffelung eine außerordentliche Mehrbelastung bedeuten würde. Die Erhebung von 2. Juli über den früheren Arbeitsverdienst der Erwerbslosen habe ergeben, daß ein erheblicher Prozentsatz für die Berücksichtigung in höheren Lohnklassen in Frage kommen würde. Der letzte Vorschlag des Reichsarbeitsrats, der von den Gewerkschaften als vollkommen

ungenügend angesehen wird, sah eine Staffelung der Lohnklassen in 6 Gruppen mit einem Einheitswochenlohn von 12, 15, 21, 27, 33 und 36 Mark vor. Nach der Erhebung der Regierung würden sich die Hauptunterstützungsempfänger in diesem Lohnklassensystem wie folgt gruppieren:

| Lohnklasse | Einheitslohn Mk. | Angehörige absolut | v. H. |
|--------------------|---------------------|-----------------------|--------|
| I bis 12 Mk. | 12 | 71 374 | 4,50 |
| II 12 bis 15 Mk. | 15 | 141 355 | 8,88 |
| III 15 bis 21 Mk. | 21 | 224 536 | 14,09 |
| IV 21 bis 27 Mk. | 27 | 286 455 | 16,61 |
| V 27 bis 33 Mk. | 33 | 273 443 | 17,28 |
| VI 33 und mehr Mk. | 36 | 615 137 | 38,64 |
| | | 1 594 300 | 100,00 |

Die Gewerkschaften haben keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie eine viel höhergehende Staffelung, mindestens bis zu 60 Mk. Wochenlohn verlangen, und daß sie sich auch mit dem vorgeschlagenen Satz von 40 v. H. des Einheitslohnes für die Hauptunterstützung nicht einverstanden erklären können.

Nachdem der Bundesausschuß des ADGB durch eine Entschließung ein Votum über die Verlängerung der Arbeitszeit gefordert hat, ist der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit besonders in den Vordergrund der Erörterungen gerückt. Zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden finden zurzeit Verhandlungen über das Vorgehen zur Durchführung eines solchen Gesetzes statt, die zu einer Einigung zu führen scheinen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch Verlängerung der Arbeitszeit die herrschende Erwerbslosigkeit erheblich zu verringern wäre. Sind es doch nicht zuletzt auch die Auswirkungen der Rationalisierung, der technischen Verbesserung der Betriebe, durch die heute Arbeitskräfte freigesetzt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt geradezu zu einer Verlängerung der Arbeitszeit, weil in vielen rationalisierten Betrieben heute bereits derselbe Arbeitseffekt in kürzerer Zeit und mit weniger Arbeitskräften zu erzielen ist als früher. Die fortschreitende Technisierung und die Arbeitslosigkeit stehen daher in unerbittlicher Wechselwirkung, der durch eine gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit Rechnung getragen werden muß.

So wird das Problem der Erwerbslosigkeit in den nächsten Monaten die Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Parteien beherrschen.

Nachwuchsausbildung und Handwerke.

Wie schon sehr oft an Hand von Beispielen und Tatsachen in unserem Verbandsorgan ausgeführt wurde, werden in unseren Berufen bis zu viel Bekehrte gehalten. Diese können nach besonderer Zeitgeist zu einem großen Prozentsatz keine Stütze finden und helfen sich dann durch gelegentliche Pfusch- und Schwarzarbeit über arbeitslose Zeiten hinweg. Wo die Umstände günstig liegen, machen sie sich wohl auch bald selbständig und verdienen nun das große Meer der Klein- und Kleinmeister ins ungewisse. Doch diese vielen Existenzen unter den heutigen Zeitverhältnissen, wo die Kaufkraft der Bevölkerung bis auf den Nullpunkt gesunken ist, nicht recht hoch kommen können, ist verständlich. So kommt es dann, daß auf allen Tagungen des Handwerks die alten Klagen erliegen über mangelnde Unterstützung seitens der Regierungsstellen.

Dabei betonen diese Kreise ganz besonders stark ihre staatsverhaltende Tendenz und ihre Tätigkeit als Nachwuchsabnehmer. Beide Eigenschaften sind ganz naturgemäß das Produkt der Zwangslage, in welcher sich die Handwerker befinden. Die Kaufleute resp. kapitalbesitzenden Leute haben es verstanden, durch Errichtung von Großbetrieben das Hauptgeschäft, wo noch Umläge und Gewinn zu erzielen ist, an sich zu bringen. Hierzu setzten die Handwerkerfreien vor allem das Verhältnis und die Initiative, das Betriebskapital hätten sie wohl auch beschaffen können. Abzahlungsgefäße, Warenhäuser und Spezialfabrikbetriebe haben es verstanden, der neuzeitlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und die Bedürfnisse der Bevölkerung, soweit solche vorhanden sind, im Rahmen des möglichen zu decken.

Die vornehmen und zahlungsfähigen Kreise wiederum lassen sich ihre Villen und Wohnungen durch Künstler, Maler, Innenarchitekten usw. erbauen und ausstatten.

Seit Jahrzehnten bemühen sich nun die Annungen die ihnen durch die Zeitenentwicklung entrisenen Arbeitsgebiete zurückzuerobieren. Man hat die Selbstgebet bestimmt, bis die Zwangsorganisation für das Handwerk gesetzlich eingeführt wurde. Das Recht der Lehrlingsausbildung wurde abhängig gemacht von einer absolvierten Lehrzeit, Oefelien- und Meisterprüfung. Als auch diese Einrichtung den erhofften Erfolg nicht hatte, ging man ernstlich daran, der Nachwuchsausbildung erhöhte Aufmerksamkeit zuzu-

wenden. Die Fachschulen wurden verbessert, der Sattlerbund errichtete die Reichsfachschule in Hildesheim, und vor kurzem wurde auch von den Tapezierern in Frankfurt a. M. eine höhere Fachschule errichtet.

Bei Errichtung der Fachschule in Hildesheim haben wir schon Zweifel geäußert, daß Hildesheim der geeignete Ort dafür sei und ob solches Unternehmen für die Dauer finanziell tragbar sein werde. Es war immerhin ersichtlich, daß diese Fachschule sich so günstig entwickelte und ausgebaut werden konnte. Freilich hat sich jetzt herausgestellt, daß diese Entwicklung fast ausschließlich nur die Tapeziererfachklasse betroffen hat. Die Zunahme der Kraftfahrzeuge im Personen- und Transportverkehr hat zugleich die Wirkung, daß die Zugtiere immer mehr ausgedient und daß dadurch der eigentliche Sattlerberuf immer weniger Arbeit findet. Soweit sich übersehen läßt, haben deshalb viele Sattlermeister sich umgestellt, indem sie nunmehr alle Arbeiten, die bisher vom gelehrten Tapezierer ausgeführt wurden, mit übernehmen. Dabei haben sie offenbar erkennen müssen, daß ihre Kenntnisse im Polstern, Tapezieren und Dekorieren höchst unzureichend sind. Deshalb hatten sie es sehr eilig, ihre Söhne nach Hildesheim zu schicken, damit sich diese dort das mangelnde „Können“ aneignen sollen. Wie man hört, soll dieser Nachwuchs zu einem guten Teil aber mehr Interesse für studentische Saufereien und sogar Partieren betätigt haben, statt die Schulzeit durch fleißiges Lernen auszunutzen. Jedenfalls haben eine ganze Anzahl die Meisterprüfung nicht bestanden.

Jetzt erfahren wir noch, daß die Fachschule Hildesheim, die in diesen Novembertagen fünf Jahre besteht, den Sattlerbund finanziell arg belastet. Die „Westdeutsche Tapeziererzeitung“ behauptet, der Bund zahle jährlich 18 000 Mark zu. Das Reichswirtschaftsministerium sollte nun helfen, hat das aber abgelehnt und die Geschäftler an das Handelsministerium verwiesen.

Wie arg die Geldklemme ist, zeigt der Umstand, daß die Gehälter der Fachlehrer nicht mehr ausgezahlt werden konnten und daß die Gehälter herabgesetzt wurden. Des weiteren hat sich die Schule aus insofern festgerannt, daß sie keinen Absatz für ihre Arbeitsprodukte findet.

Im „Sattler- und Tapezierermeister“ Nr. 19 vom 1. Oktober 1926 wird bekannt gemacht, daß die Reichsfachschule in Hildesheim 200 Sofas und Klubsessel zum Verkauf stehen hat. Diese repräsentieren einen Wert von 30 000 Mark. Die Schulverwaltung hat demnach alle Betriebsmittel zur Materialbeschaffung für die Herstellung der Schülerarbeiten verwendet, ohne die fertigen Arbeitsstücke absetzen zu können. Der Sattlerbund richtet nun das Erlöschen an seine Mitglieder, für den Absatz dieser 200 Volkermöbel zu sorgen. Anheimend steht dem aber als stärkstes Hindernis die Preisfrage im Wege. Die Preise, welche verlangt werden, sollen viel zu hoch angesetzt sein. Es wird zwar die Qualität der Arbeit und des Materials betont, dabei bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß es sich um Mehrstücke handelt, bei welchen sehr oft abgehängten, aufgetrennt und abgeändert werden muß. Das ist ein Mangel, der jeden Fachmann bekannt ist. Nun soll eine Verkaufsgenossenschaft gegründet werden, um den Verkauf zu organisieren.

So ist schließlich auch die Fachschule wieder zu einem Konkurrenzinstinkt herabgelunken, welches den Handwerksmeistern die Arbeit wegnimmt.

Alles in allem genau betrachtet, ergibt sich, das Handwerk richtet sich einfach selbst zugrunde. Was es auch unternimmt, um der neuzeitlichen Entwicklung eine Richtung zu geben, die das Handwerk zur Blüte führen soll, schlägt fehl, weil eben die Voraussetzungen nicht vorhanden sind.

Natürlich fordern die Handwerkerkreise allerlei reaktionäre Maßnahmen von der Regierung zum Schutz des Handwerks. Eine solche wird z. B. in der Warenhaussteuer erblickt. Schwere Beforsung verurteilt auch die Einführung eines Kreditystems nach amerikanischem Vorbild.

Das alles wird nicht verhindern können, daß die Entwicklung über alle diese Hemmnisse hinwegschreitet. Auch die Handwerkerkreise werden sich derselben anpassen und fügen müssen.

Es ist gewiß erfreulich, wenn immer mehr tüchtige Handwerker ausgebildet werden, man darf jedoch dabei auch nicht außer acht lassen, daß ein lauffähiger Publikum vorhanden sein muß, damit diese Rüstlinge auch ein Tätigkeitsfeld, eine Existenzmöglichkeit finden. Wie anders will man sonst verhindern, daß die Nachfrage nach billigen Massenartikeln mehr und mehr zunimmt, daß das große Publikum mehr und mehr von dem modernisierten Kreditwesen Gebrauch macht und seinen Bedarf in entsprechender Weise deckt. Gegen Bedanten und daraus entstehenden Neuerungen, welche aus der zeitlichen Entwicklung geboren sind, hilft kein Maulaufreißen und Hilfseschrei. Da heißt es anpassen oder zugrunde gehen!

Zur Frage der Finanzreform der Gewerkschaften.

Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation so wie ihre Leistungsfähigkeit ist nicht so sehr abhängig von der Zahl der organisierten Berufstätigen als vielmehr von der Tätigkeit ihrer Mitglieder und der Stärke der zur Verfügung stehenden Kampfkräfte. Je höher die Beträge eines Verbandes, desto höher der Lohn, desto länger auch die Arbeitszeit. Diese Erkenntnis ist vielfach durch sorgfältige Aufklärungsarbeiten in die Köpfe der Arbeiter eingedrungen. Je umfangreicher die Aufgaben der Gewerkschaften werden, je stärker der Gegensatz im Unternehmertum organisiert und wie den Kampf um den Kapital und Arbeit finanziert ist, desto größer werden die finanziellen Anforderungen an alle Gewerkschaftsmitglieder. Seit Bestehen der Zentralverbände ist deshalb auf allen Gewerkschaftsebenen und auf den Gewerkschaftsversammlungen die Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Finanzen betont worden, einmal, um die fortgesetzte gesteigerten Anforderungen erfüllen zu können und zum anderen, um die Einzelverbände finanziell möglichst unabhängig und für richtige und ausreichende Beschaffung der Mittel verantwortlich zu machen. Noch heute ist es eigene Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft für die Beschaffung ausreichender Mittel zur Unterhaltung der Mitglieder bei Lohnkämpfen zu sorgen, und sie ist ferner verpflichtet, bei Beschäftigung oder Arbeitsentlassungen sich immer im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten. Die Bundesverbände des ADGB, vom 1. B. erst dann angerufen werden, wenn die eigenen Mittel für die von einem Beschäftigten betroffene Gewerkschaft nicht ausreichen und zuvor die noch in Arbeit stehenden eigenen Mitglieder zu angemessenen Ersatzbeiträgen herangezogen sind. Die fortgesetzte Erziehung der Verbände zu größerer finanzieller Selbstständigkeit steigerte zugleich die Verantwortlichkeit der Gewerkschaftsmitglieder, die notwendige Munition für die unabweislichen Kämpfe bereitzustellen und darüber hinaus Einrichtungen für alle Beschäftigten im Leben der Arbeiter zu finanzieren. Dieses Eingehen läßt aber schließlich zu einer großen Divergenz in den Einrichtungen und Methoden der einzelnen Verbände, insbesondere hinsichtlich der Beitragsleistung und das gesamte Unterhaltungsnetz in Betracht kommt. Die Unterschiedlichkeit in den Leistungen und Gegenleistungen beruht ferner auf ungleicher Konkurrenz, weil die zu gemeinsamen Mitgliedern sich vielfach auch noch heute nach jener Orientierung, die bei niedrigen Beiträgen hohe Leistungen gewährte. Diesen „Widersprüche“ Erwägungen sind die Bundesverbände des ADGB in etwas begegnet, denn darin werden die Agitationsgebiete der Verbände abgegrenzt und für die Werbung von neuen Mitgliedern oder etwaige Übertritte sind verpflichtende Grundzüge aufgestellt.

Die sehr differenzierten allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnisse in den Berufen und Industrien lassen eine vollkommen Gleichmäßigkeit der gewerkschaftlichen Einrichtungen und Methoden auch gar nicht einkommen. Die beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen, z. B. bei den Steinmetzen oder Buchdruckern oder den Landarbeitern und dem Schiffpersonal verdienen von selbst eine Uniformität auf allen Gebieten der gewerkschaftlichen Praxis. Die aus diesen Ursachen resultierenden Unterschiede werden selbst erhalten in Organisationen, die, besonders bei kleineren Einheiten verhältnismäßig haben. In der historisch gewordenen beruflichen Eigenart liegen zum Teil auch die tieferen Gründe, die eine zwangsweise Bildung neuer Organisationsformen verhindern.

In welchem Umfang solche rein sachlichen Schwierigkeiten einer schnelleren Konzentration der Gewerkschaften entgegenstehen, das ergibt sich sehr anschaulich aus dem Jahresbericht, das die Verbände der vom Bundesausschuss eingesetzten Kommission für die Reform der gewerkschaftlichen Einrichtungen vor wenigen Monaten unterbreiteten. Abgesehen vom dem Umfang der Unterhaltungsleistungen und der Einstellleistungen, die noch der Bewahrung durch die Kommission unterliegen, ist für die verabschiedeten Fragen nachstehende interressante Feststellung gemacht worden:

Das Beitragsgeld beträgt in den dem ADGB an-

geschlossenen Einzelverbänden für männliche und weibliche Mitglieder zwischen 20 bis 400 Pf., für Lehrlinge zwischen 10 bis 100 Pf., für jugendliche bederftete Geschlechts zwischen 10 bis 400 Pf. 14 Verbände mit etwa 1,2 Millionen Mitgliedern erheben einen einheitlichen Betrag für alle Neueintretenden, während 19 Verbände mit etwa 1,7 Millionen Mitgliedern das Beitragsgeld je nach der Verdiensthöhe und 6 Verbände mit 1,3 Millionen Mitgliedern unterschiedlich nach Lebensalter und Geschlecht bemessen. Erhöhtes Beitragsgeld für Wiedererwerbende erheben nur 8 Verbände in Höhe von 20 Pf. bis 15 Pf. An die Hauptkasse wird das Beitragsgeld in voller Höhe abgeführt in 19 Verbänden, während ebenfalls von 5 bis 50 Proz. oder Teile Beiträge einen Anteil von 5 bis 50 Proz. der Beiträge von 20 bis 75 Pf. behalten. Für Bücher, die als Beitrag für verleihe ausgestellt werden müssen, erheben 33 Verbände zwischen 20 bis 200 Pf., oder bis zu einem doppelten Wochenbeitrag.

An der Beitragsleistung fleucht sich das organisierte proletarische Leben der Einzelverbände wider. Nicht in allen Verbänden ist der seit Jahren bestehende Grundlag, monach zum Teil ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag zu leisten ist, auch durchzuführen worden. In fünf Verbänden beträgt der Wochenbeitrag zwischen 1 1/2 Proz. und 4 Proz. des Verdienstes, in 16 Verbänden das 0,5 bis 1 Pf. des Stundenlohnes. Es schwankt also der Wochenbeitrag zwischen einem halben bis doppelten Stundenverdienst.

Die von den Unternehmern so sehr befürchtete Minderung der Löhne, die Folge der gewerkschaftlichen Vorkämpfe, wird planmäßig wiederholt durch die Statistikverbände, die nach den Feststellungen in 33 verschiedenen Berufsklassen eingruppiert sind. Nur vier Verbände mit etwa 300.000 Mitgliedern erheben Einheitsbeiträge, während die übrigen 34 Verbände nach dem Tariflohn oder nach dem tatsächlichen Verdienst die Beiträge festsetzen. Der Wochenbeitrag einheitlich beträgt zwischen 20 und 40 Pf. für erwachsene männliche Mitglieder, für weibliche zwischen 20 und 25 Pf., für jugendliche zwischen 10 bis 100 Pf., für invalide Mitglieder zwischen 10 und 100 Pf. Für die totale Bewahrung verbleiben den übrigen Tarifstellen 2 bis 4 Proz. Da die geringeren Anteile für die Durchführung der ertlichen Aufgaben nicht ausreichen, wird neben dem Grundbeitrag an die Hauptkasse ein Zuschlag in Höhe von 5 bis 33 1/2 Proz. erhoben.

Diesem Sachverhalt, das noch sehr viel hinter im Unterhaltungsnetz und in den Einzelleistungen zum Ausdruck kommt, fand die Kommission gegenüber, als sie geeignete Vorschläge zur Vereinheitlichung ausarbeiten sollte, die dann auch möglichst von allen Verbänden nicht nur anerkannt, sondern auch als durchführbar akzeptiert werden konnten. Nach sehr eingehenden Beratungen sind nunmehr den Verbänden Reformvorschlüsse unterbreitet worden. Danach soll in Zukunft ein festes Beitragsgeld erhoben werden, das nur unterschiede kennt für männliche, weibliche, jugendliche Mitglieder und Lehrlinge. Es stimmen diesen Vorschlag 29 Verbände mit etwa 3,7 Millionen Mitgliedern zu. Für einheitliche Beitragsleistung galt es ebenfalls Grundzüge aufzustellen, die allen Verbänden eine erhöhte Stoffkraft für die Zukunft ermöglicht, ohne daß eine Uniformität im Unterhaltungsnetz damit verbunden wird. Den in dieser Frage von der Kommission ausgearbeiteten Vorschlägen stimmten 21 Verbände mit mehr als 3 Millionen Mitgliedern zu, und nachdem in mündlicher Aussprache mit allen Vertretern der Verbändervorstände das Für und Wider erwohnen werden konnte, verzichtete sich der Anspruch auf ein Mindestmaß. An dieser unvollständigen Zustimmung ist der Wille zur Annahme möglichst Einheitlichkeit im Ausbau der gewerkschaftlichen Einrichtungen und schließlich auch zu einer umfassenderen Konzentration von allen maßgebenden Leitungen der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht worden. Bis zur Durchführung der Reform ist allerdings noch ein weiter Weg. Verbändervorstände und Verbandsebene werden zunächst auf der beschlossenen Richtlinien gemeinsam Stellung nehmen, dann werden die Verbandstage darüber zu entscheiden haben. Niemand verkennt die noch zu überwindenden großen Schwierigkeiten, aber die einfache Überlegung muß — angesichts

der gewaltigen Differenzen — auch das letzte Gewerkschaftsmitglied zwingen, sich mit allem Nachdruck für die Durchführung der Richtlinien und damit für eine größere Einheitlichkeit und Beschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung einzusetzen.

Doppelverdiener.

Das Reichsarbeitsministerium wendet sich in einem Schreiben an die Arbeitgeber mit der Bitte, sich über die Lage der Arbeiter zu äußern, soweit nicht im Einzelfall dadurch besondere Härten entstehen — bei notwendig werdenden Entlassungen in erster Linie die sogenannten Doppelverdiener anzusehen und daß für die Dauer der gegenwärtigen Depression keine Doppelverdiener eingestellt werden, so lange immer die zahlreichen Erwerbslosen die geeignete Kräfte zur Verfügung stehen.

Als Doppelverdiener betrachtet das Reichsarbeitsministerium insbesondere Personen, die sich im Gewerbe oder auskömmlichen Pension oder Rente befinden und trotzdem einer bezahlten Beschäftigung nachgehen, sowie andere Personen, die an sich nicht auf Erwerb angewiesen sind.

Die Anweisung bringt uns der Gefahr nahe, wieder Zustände in Erscheinung treten zu sehen, wie sie sich unter der Demobilisationsvorschrift zur Vermeidung von Arbeitsplätzen gezeigt haben. Diese Vorschriften wurden bekanntlich in der Praxis dazu verwendet, um verheiratete Frauen aus den Betrieben zu entfernen, und zwar nicht nur ganz generell, ohne im Einzelfalle zu prüfen, ob die betreffenden Frauen auf den Erwerb des Demobilisations Angehörigen waren und ob durch die Entlassung der Frauen Plage frei wurde, die von anderen Arbeitnehmern befreit werden konnten oder befreit werden mußten. Es sind fernerzeit selbst Frauen entlassen worden, die seit Jahren von ihrem Mann getrennt leben und die für sich und für ihre Kinder den Lebensunterhalt durch ihre Arbeit erwerben mußten.

Den organisierten Arbeitern in den Betrieben, insbesondere den Betriebsräten, sollte doch klar sein, daß verheiratete Frauen, selbst solche, die mit ihrem Mann zusammenleben, keine Doppelverdiener sind. Aus dieser Liebe zur Arbeit nehmen diese Frauen sicherlich nicht die Doppelbelastung auf sich, die sie wissen von ihnen erdulden müssen, weil sie in neben der Arbeit im Betriebe noch Hausarbeit verrichten und oft genug auch noch Mutterpflichten erfüllen müssen. Die verheirateten Frauen arbeiten doch wohl fast ausnahmslos, weil sie müssen, weil der Mann nicht genügend verdient oder nicht ausreichend für die Familie sorgt. Gegenwärtig arbeiten eine Reihe Frauen, weil der Mann lange Zeit hindurch arbeitslos gewesen ist und weil durch die Mitharbeit der Frau Schulden abgedeckt oder notwendige Ergänzungen an Wirtschaftsgütern (Kleidung, Wasche usw.) gemacht werden sollen.

Es wäre gefährlich, wenn die Anweisung des Reichsarbeitsministers wieder den Kampf gegen die verheirateten Frauen aufleben lassen würde.

Gemeint sind in dem Schreiben in erster Linie Fälle, wo eine Person ein doppeltes Einkommen bezieht, von denen allein schon das eine eine autarkomische Existenz gewährt, also nicht die Fälle, wo zwei Personen arbeiten, um einer Familie die Existenz zu sichern.

Durch eine Auslegung, wie sie die genannte Demobilisationsverordnung gefunden hat — die nicht beachtet war und auch nicht dem Wortlaut der Verordnung entspricht — würden noch mehr Frauen in die Heimarbeit gezwungen werden als heute schon, also in eine Arbeitsform, die für eine Reihe von Berufen unmittelbar ein großer Hindernis für auskömmliche Löhne ist, weil die Heimarbeit von Frauen, selbst wenn sie in endloser Arbeitszeit ausgeht, auf keinen Widerstand führt, auch nicht bei den Arbeitnehmern, die verheiratete Frauen in den Betrieben nicht dulden, und weil trotz aller Bemühungen der organisierten Männer nicht dafür sorgen, daß ihre wirtschaftlichen Familienangehörigen, die Heimarbeit leisten, auf einer Organisation angeschlossen.

Eine solche Auslegung des Schreibens des Reichsarbeitsministers würde auch die weiblichen Arbeitnehmer mit Wistfrauen gegen ihre Mitarbeiter und gegen unsere Organisation erfüllen, das sich bei wichtigen Konflikten, z. B. Lohnkämpfen und bei Wahlen unvermeidlich bemerkbar machen könnte.

Nachdenkliches über die Geleit in Düsseldorf.

Scharf zu beobachten, über gezeichnete nachdenklichen und daraus Schlüsse und Lehren zu ziehen, doch ist nicht allen Menschen gegeben. Die große Mehrzahl läßt sich leicht durch das äußere Bild beschreiben und nimmt diese Einblicke ziemlich gedankenlos hin. So waren denn auch die Berichte über die Ausstellung der Gesundheitspflege, Sozialhygiene, Heilbesübungen usw. in Düsseldorf ganz allgemein des Lobes voll. Erst der Frau Dr. Köhler Frankenthal war es vorbehalten, auf einige recht grelle Widersprüche, die auf der Ausstellung in Erscheinung traten, hinzuweisen.

Zunächst hat die Ausstellungsleitung es nicht verstanden, das organisierte Zusammengehörnde aneinanderzureihen, so daß es selbst dem Fachmann nicht leicht ist, das Wahliche zusammenzufassen. — Und — wesentlich Neues findet er nicht einmal, dafür sind die Stätten der Wissenschaft in erster Linie den Ausstellern, dem Privatkapital! Man sah denn auch hauptsächlich, was diese ausstellenden Firmen zu leisten vermögen, nicht aber, was es auf jedem Gebiet wichtiges gibt. Die Reklamewelt hat ebenfalls schöne Stellen gezeigt. Den Kots als Hauptstoff, den Koffein als Stoffgehalt hat man in Bestform verhandelt.

Am widersprüchlichsten sind die Zusammenhänge zwischen Alkohol, Geistesfreiheit, und die Reklame der Brauindustrie. In Deutschland werden nur 60 Proz. der Alkoholmenge konsumiert, die produziert wird, also muß der Konsum um 40 Proz. steigen. Die Brauindustrie hat Tabellen ausgelegt, wo nachzulesen ist, daß die Brauer

bei der Choleraepidemie in Hamburg nur eine Sterblichkeit von 0,9 Proz. hatten. — Also: trinkt Bier!

Stovlamp oder Keulchenstift kostet 3 Mk. die Packung, für 20 Pf. Karlsruher Salz hat die gleiche Wirkung, doch härter für die Ausstellung niemand auf. Ein Mutter-Schlingenschein trotz von Drogen, Sauerkeit und Pflanzmitteln. Wie man in der Praxis mit erzwungenen Mitteln ein Kind pflügen kann, lernen die Frauen hier nicht. Die Aufzuehmerke sind die Aussteller, sie werden wohl den Augen davon haben.

Ebenfalls Widersprüche zeigt die Ausstellung der Kronenflächen und die der Vierge. Die freien Kräfte bemerken, daß sie viel besser arbeiten als die Zwangsflächen, und diese wollen zeigen, daß nur sie rational arbeiten. Beide klagen über die hohen Viergekosten, und die Vierge wiederum beweisen, daß sie durch die schlechte Bezahlung der Kräfte zugrunde gerichtet werden.

Hier offenbar sich so recht, wie doch überall der Materialismus das entscheidende bei allem ist. Man mag hinführen wo man will, überall wird nur Reklame für Vermögensmöglichkeiten unter dem Deckmantel der Fürsorge gemacht. So reicht man mit der Wohlstandsfähigkeit des großen Publikums, und man verzichtet sich nicht.

Die Geleit wurde am 17. Oktober geschlossen, 7,5 Millionen Menschen haben sie besucht. Ein glänzendes Resultat, dem entspricht auch der materielle Erfolg. Die Ausstellung hat anscheinend alle Hoffnungen erfüllt, die an sie geknüpft wurden und dürfte mit Gewinn abschließen. Von den sieben Reichspräsidenten erhielt auch der ADGB einen, ebenso einen von den vierzehn Reichspräsidenten des preussischen Staates.

Neue Bilder auf den Briefmarken.

Postminister Sling hat neue Briefmarken befestigen lassen mit den Bildnissen berühmter Männer. Goethe, Schiller usw., aber auch den Preußenkönig, den man in der Geschichte den Großen nennt, Friedrich den Zweiten. Auf den am meisten im Verkehr benutzten 10 Pf. Briefmarken wird in der deutschen Republik das Bild dieses Monarchen geprägt. Wahrscheinlich, um dem deutschen Volke den Wunsch zu suggerieren nach solch einem Monarchen in verjüngter Avatare.

Aus diesem Anlaß wird im „Hamburger Echo“ Nr. 206 eine kleine historische Rückschau veranstaltet, um den Ursprung der Größe eigentlich für die Entwicklung Deutschlands getan hat. Darüber heißt es: Am 1. August 1701 wurde Friedrich, der Große geboren. In diesem Jahre wurde die deutsche Nation durch den Sieg über die Franzosen im Jahre 1701 zum ersten Mal einig. Friedrich war bewußt, die Macht Preußens zu vergrößern auf Kosten der Macht des Reiches, dem die Hohenzollern durch seine Schuld an Frankreich, die Reichweite hat, diese Handlungsweise nicht im Lichte der modernen Zeit bewerten, sie mag aus der Not der Zeit erklärlich sein, trotzdem ist nicht zu leugnen, daß die Schicksale bei seiner Politik waren.

Jedenfalls zeigt die Tatsache, daß das Bild des Großen Friedrich die Briefmarke der Republik ziert, was in dieser Zeit alles möglich ist.



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Nicht, wie der Nächste geirrt oder was er verjährt hat, betrachte. Schaue auf dich und sieh, was du selbst getan und verjährt hast.

Leicht siehst du den Fehler am Nächsten, doch schwer den eigenen. Den Fehler des Nächsten suchst du zu bessern, soweit du vermagst, um den eigenen zu verborgen wie der Schelm im Spiel den falschen Würfel.

Soziale Not und Familie.

Anfang dieses Jahres haben Berliner Schulärzte die gesundheitlichen Untersuchungen der Kernanfänger im Berliner Verwaltungsbezirk Wedding, dem zweitgrößten Berliner Bezirk, benutzt, um einmal die Kinderzahl in den proletarischen Familien statistisch zu erfassen. Es handelt sich bei dieser sozial- wie bevölkerungspolitisch verwerteten Untersuchung um einen Bezirk mit etwa 350.000 überwiegend proletarischen Einwohnern mit 19 Gemeindefamilien und etwa 1690 Kindern des betreffenden Jahrgangs.

Die 1532 Familien, auf die sich die Untersuchung erstreckte, hatten, wie Dr. G. Benjamin hierüber in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege berichtet, 3195 lebende Kinder, so daß auf jede Familie im Durchschnitt 2,09 Kinder kamen.

Besonders wertvoll ist die Feststellung, daß eine große Kinderzahl im allgemeinen mit ungünstiger sozialer Lage parallel geht. Auf die Familie kamen in einem sozial besonders elenden Teile des Bezirks z. B. 2,11 Kinder gegen nur 1,91 in Straßenzügen mit besseren Wohnverhältnissen und sozial besserer Stellung der Arbeiterfamilie.

Wenn natürlich auch diese heutige wirtschaftlich schwere Zeit in manchen Menschen noch einen gefunden starken bewußten Drang nach Familie vorhanden sein läßt, so ist der auffallende Parallelismus zwischen Not und Kinderreichtum doch ein Beweis für ein dumpfes Dahnengieren weiter Massen. Als bewußter kultureller Wille ist er im allgemeinen nicht anzusehen.

Wie die Not hier im schlimmsten Grade zahlreiche Kinder werden ließ, so hat sie doch andererseits eine Einschränkung der Familie herbeigeführt. In 75 Proz. der Proletariatsfamilien mit einer Durchschnittszahl der Ehe von über sechs Jahren waren nur ein oder zwei lebende Kinder vorhanden.

Daß die zahlreiche Jugend, die in jenem sozialen Elend aufwächst, eine gesunde Zukunft bedeutet, wird nicht behauptet werden. Und daß die Eltern sich auf die

Sorgen mancher Bevölkerungspolster hin zu Kinderreichtum einschließen, wird auch niemand annehmen. Die sozialen Verhältnisse sind es also in jedem Falle, die für die Zukunft unseres Volkes bestimmend sind, und wenn da gesunde Wachsen unseres Volkes wirklich ernstlich am Herzen liegt, der sollte darum zunächst einmal einer Besserung der sozialen Lebensbedingungen sein Interesse zuwenden.

Die Fabrik als Harem.

Es ist bekannt, daß es im Mittelalter ein „ius primae noctis“ gab. Das war das Recht des Herrn auf die erste Nacht, wenn Mädchen, die im Dienste des Herrn standen, heirateten. Das von christlicher Ethik so irreführende Mittelalter ließ dieses Recht aufkommen und lange bestehen.

Weniger bekannt ist aber, daß dieses „Recht“ des wirtschaftlich Mächtigen auch noch heute, als sich die Verhältnisse von der Agrar- zur Industriearbeit wandeln und daß selbst in einem in sittlichen Fragen sonst so empfindlichen Volke wie dem englischen dieses juis primae noctis noch bis in die ersten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts mit feinem beginnenden Industrialismus bestanden hat.

Friedrich Engels spricht sich hierüber in seinem Buche von der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ aus. „Der Fabrikant ist“, so schreibt Engels, „auch in dieser Beziehung Herr über den Leib und die Keize seiner Arbeiterinnen. Die Entlassung ist Strafe genug, um in neun Fällen aus zehn, wo nicht in neunundneunzig aus hundert, alles Widerstreben der Mädchen niederzuschlagen.“

Solche Zustände erscheinen uns heute kaum fahbar, und doch ist es erst ein Jahrhundert her, daß sie bestanden. Nur dadurch aber ist trotz des wachsenden Kapitalismus auch das Recht des Menschen geworden, daß dieser Kapitalismus die Masse zu Klassenbewußtsein drängt, das zum Bollwerk wurde für Menschenrecht.

Der gesundheitliche und sittliche Schutz der Arbeiterin im Betriebe.

Nach den Bestimmungen des § 120 a der Gewerbeordnung ist der Unternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. So sind z. B. die Arbeitnehmer vor Unfallgefahren durch Abriegelung von Schutzvorrichtungen an

Maschinen zu schützen. Für genügendes Licht, ausreichenden Luftstrom, Beseitigung von Staub, Dunst, Gasen usw. ist zu sorgen.

In Betrieben, in denen die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen müssen, ist nach § 120 b für nach Geschlechtern getrennte Umkleide- und Waschräume zu sorgen. Umkleide- und Waschräume müssen in ausreichendem Maße vorhanden sein.

Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen und den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprechen. Die Benutzung muß ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen können.

Verboden ist die Verwendung von Arbeiterinnen in Katakomben, zu Transporten von Materialen bei Bauten aller Art, sofern in diesen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden.

In Salinen, Bergwerken und unterirdisch betriebenen Bräuhöfen und Gruben dürfen Arbeiterinnen nicht unter Tag beschäftigt werden.

Beschränkt ist die Verwendung von Arbeiterinnen in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Walz- und Hammerwerken, Bräuhöfen und Gruben, in Anlagen zur Herstellung von Metall-Edelmetallen, elektrischen Akkumulatoren aus Blei oder Weisenerbindungen, von Bleifolien und anderen Bleierbindungen, von Zigarren, in Thonwarenfabriken, Zinkhütten, in Glasbläsen, Glasschleifereien und -betrieben sowie in Sandbläsefabriken, Zuckerraffinerien, in Ziegeleien und Schamottefabriken usw.

Die materielle Abhängigkeit der Frau und ihre von der Männerwelt geistlich ererbte geistige Unmündigkeit, verbunden mit der weineren Tatkraft, daß der schroffe Gegensatz, die Unklarheit und der Kampf um die Existenz in unseren sozialen Verhältnissen die Männerwelt veranlassen, die Ehe zunächst vom Gesichtspunkt aus zu betrachten, machen die Frau zu einer Ware und die Ehe zu einem gemeinen Kaufgeschäft. Die natürlichen, d. h. die eigentlich moralischen Gesichtspunkte kommen erst in zweiter Reihe. Die Frau gerät in die abhängige Lage von dem Manne. So ist in der heutigen Gesellschaft das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ein ebensolange ungewisses wie das zwischen Bourgeois und Proletariern. Der Mann hat die Rechte, die Frau die Pflichten. (Weber! Andere Ziele).

Einigkeit macht stark!

Es gibt eine Wahrheit, die alle Zeiten überdauert hat und alle überdauern wird; es ist die Lehre, die das Wort trägt: Einigkeit macht stark!

Wohin immer unser Auge blickt — auf das Häusermeer der Großstadt oder auf die endlose Ebene der Wälder, Felder und Wiesen in das Gemir und Gemamp eines Maschinenwerkes oder in die stille Stube des Wissenschaftlers — stets ruft uns der Anblick der gescheiterten Dinge ins Gedächtnis zurück: Was ist der alleinige Schuldige es nicht an uns, wie sich immer erst die Menschen die Hände reichen müssen, wenn sie etwas Gutes, etwas Rechtes und Großes vollbringen wollen! Und wenn wir jetzt die Feder betrachten, mit der wir diese Worte niederschreiben, oder das Papier, auf dem sie auf und nieder schwebt, so fühlen wir den stummen Hinweis auf die Kräfte und Berechtigungen, die sich erst vereinigten mußten, um das zu schaffen, was wir jetzt vor uns sehen.

Vereinigung! Zusammenhalt! Gemeinliches Wirken! So ruft uns die ganze Welt zu. Unsinn! Ich kann meinen Weg allein finden! Jeder Sorge für sich! So sagt der in einem oberflächlichen, kurz-sichtigen Egoismus festgebundene unorganisierte Kollege.

Die Organisation, das Aufgehen in der Masse, ist der Tod der Persönlichkeit. Die Vereinigung löst alle über den Durchschnitt hinausgehenden Kräfte und hemmt den Fortschritt der Menschheit. Das ist die moderne Vertehrer der Philosophen des Kapitalismus.

Aber wo wäre die Menschheit, wenn die Einzelwesen nicht immer den Tretsch, sich zu vereinigen, gehabt und ihr nachgehenden hätten? Die Menschheit im heutigen Sinne wäre überhaupt nicht vorhanden. Nicht die einzelnen Individuen haben das Werk der Tierwelt, die Beherrschung der Natur und ihrer Kräfte vollbringen können, sondern nur die Vereinigung der Kräfte konnte den Sieg über die gefährlichen Feinde des Menschen in der Tierwelt behaupten können, wenn er sich nicht mit den Welt-Gattungsgegnern verbunden hätte; wie hätte es die Kraft des einzelnen fertigbringen können, sich gegen die Gewalt der Elemente zu schützen und schließlich über sie zu triumphieren, sie zu bändigen! Nicht der Mensch hat die Erde erobert, sondern die Menschheit. — Ich war, ich bin, ich werde sein! Das Werden unseres Geschlechts predigt uns mit Donnerstimme: vereinigt euch!

Die Solidarität der Gleichen hat die Menschheit ge-

schaffen, hat die Staaten gegründet und die Zivilisation möglich gemacht. Wer die Vernunft der Organisation leugnet, wer die Solidarität der Gleichen bekämpft, treibt gegen die Grundbedingungen aller menschlichen Zukunft.

Wozu beruht die Herrschaft und die Macht des modernen Staates? — Auf der Organisation. Die Massen-betriebe unserer Industrie wären nicht möglich, wenn nicht eine kunstvolle Organisation jedem Manne und jeder Maschine das Tätigkeitsfeld wies. Organisation überall, wohin wir leben, und durch die Organisation Kraft und Macht und Vorteil.

Was für die Kulturentwicklung von entscheidender Bedeutung war, was für das Staatsgetriebe und für die Produktion eine Existenzbedingung ist, das kann auch keine Klasse entbehren, die ihre Lebensgüter nur durch Kampf behaupten oder vermehren kann. Wer irgend einen Druck auszuüben oder auszuhalten hat, der muß sich nach Hilfe umsehen, muß Kräfte werden, die mit ihm durch das gleiche Interesse verbunden sind. Und das heute so jämlich für jede Klasse gilt, so leben wir überall Organisationen, die der Wahrung bestimmter Klassen- oder Berufsinteressen zu dienen haben. Wo im Handel, ob in der Industrie, wo leben wir nicht den Zusammenhang zum gemeinsamen Wirken gegen die gemeinsamen Widersacher!

Verloren ist, wer sich inmitten dieser Welt von Organisationen allein, als Einzelner, behaupten will. Verloren erit recht, wenn ein armer Teufel sich dessen verweigert. Darum hat sich besonders die Arbeiterklasse den Organisationsgedanken angeeignet und ihn in die Tat umzusetzen.

Wer wollte heute noch seinen Vormarsch bannen? Auf den verschiedenen Gebieten leben wir heute die Organisation der Arbeiterklasse wirken. Im Rahmen der Gewerkschaften vertreten heute mehr als 4 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Berufsinteressen. Welch ein Gegengewicht des Organisationsgedankens!

Nachschauen ist es wohl gestattet, sich einen Augenblick dieses Fortschrittes und der dabei erlangenen handgreiflichen Erfolge zu freuen. Und die Vertreter des Organisationsgedankens müssen dabei erkennen, wie dieser auch hier wieder aufbauend, stärke, emporschwingend gewirkt hat. Nicht mehr ist die Arbeiterklasse rechtlos und schutzlos, nicht mehr ist sie die dumme, unterdrückte arme Masse. Nein, das ist sie nicht mehr! Wir schicken uns zu, ebenbürtig und gleichberechtigt neben die anderen zu treten, die Welt zu brechen. In der tragen, gestig-toten Masse von früher ist heute ein frisches Leben, ein

emliges Leben. — Empor! Empor! Und dessen sollen wir uns nicht freuen?

So stolz wir auf die bisherige Entwicklung sein können, so getrost können wir weitergehen. Es wird für uns zwar kein feiner gehen, kein ruhiges Schwebenlassen; der Fortschritt des Organisationsgedankens sowohl bei uns wie bei den Unternehmern stellt heute höhere Anforderungen an uns als vor zehn Jahren, und er wird diese Anforderungen auch in Zukunft noch steigern. Aber verzagen wir darob nicht. Nicht nur der Mensch wächst, sondern auch seine Organisationen wachsen mit den größeren Zwecken, nicht von selbst, aber durch die bindungssohle Eigenartigkeit ihrer Mitglieder. Daß wir es daran nicht fehlen lassen dürfen, verleiht sich von selbst. Und darum wird der Organisationsgedanke weiter wirken, wird weiter aufbauen, wird uns weiter stärken, wird in immer größerem Maße das gesellschaftliche Leben durchdrängen, bis er die Welt erobert hat.

Nachmals die Normallierung in der Kofferindustrie.

In der Zeitschrift „Luzus und Bedarf“ nimmt in Heft 20 Herr Hauptmann a. D. Kurt Arnade, in Firma Jul. Arnade, Wrogn bei Götting, das Wort. In einer allgemeinen Betrachtung über die Entwicklung der Technik und Wissenschaft kommt Herr Arnade zu dem Schluss, daß man sich dieser Entwicklung anpassen muß oder man wird zur Seite geschoben. Die deutsche Industrie sei besetzt von Hingabe an Volk und Land, erschlossen, das große Aktivum deutscher Arbeitskraft und Schaffensfreudigkeit zu nutzen. Die Arbeitslosigkeit zu beheben, müsse das vornehmste Ziel aller wirtschaftlichen Überlegung sein. Arbeitslosigkeit sei die Folge mangelnden Absatzes, und mangelnder Absatz wiederum die Folge mangelnder Kaufkraft, Kaufkraft wird geschaffen durch Preisentwertung auf der einen und durch höheres Einkommen auf der anderen Seite. Für beide Punkte ist Voraussetzung Herabsetzung der Selbstkosten durch Herabsetzung der Fabrikationskosten geringer, werden nicht nur die Fabrikate billiger, sondern kann sich auch die Mächtigkeit gegeben, den Nominallohn zu steigern, ohne die Mittel zu verletzern. Z. B. der Lohn einer Arbeiterin liegt nach Einführung der Rückarbeit von 110 auf 130 Punkte, gleichviele 25 Proz. An Arbeitslohn brachte für das Stück hat 1 nur noch 0,40 einflußiert zu werden, weil die Leistung von 100 auf 250 Stück in der gleichen Zeit gestiegen sei. Das ist das Geheimnis der amerikanischen Wölnz, was aber nur möglich ist, wo Maschinenarbeit an

Stelle manufaktur Arbeit getreten sei. Dafür ist aber wiederum Voraussetzung Normalisierung der einzelnen Typen.

Aus allen diesen Gründen sei der Zentralverband deutscher Kofferfabrikanzen zur Aufstellung der Einheitslochermaße gekommen (die wir bereits in unserer Nr. 40 kurz angeführt haben).

Diese Maße finden indes auf Ledertoffer keine Anwendung, weil der Ledertoffer, als kunstgewerblicher Gegenstand handwerksmäßig hergestellt, als Massenartikel nicht in Betracht kommt.

Die Industriellen bitten alle in gemeinsamer Arbeit der Zersplitterung und Verschwendung von Material, Kapital, Zahlenbelastung und geistiger Arbeit ein Ende zu machen und die Maße und Typen für Koffer festzusetzen, die für den praktischen Gebrauch nötig sind. Wenn darüber eine Verständigung erzielt ist, soll mit den Fabrikanten, welche die Holzbügel, Riemen, Nägel, Scharniere, Schnäpper usw. herstellen, eine Vereinheitlichung vereinbart werden. Diese Normierung der Fabrikation soll ab 1. Januar 1927 ins Werk gesetzt werden.

Wir sind erfreut, daß Herr Kurt Arnade in seinem Artikel anerkennt, was wir schon so oft betont haben, daß die Ursache der Abfallquote die mangelnde Kaufkraft der Massen ist. Auch daß diese nur durch Preislenkung auf der einen und Lohnerhöhungen auf der anderen Seite gehoben werden kann. Wir nehmen auch Notiz von der Versicherung, daß die Fabrikanten befehl sind von der Abgabe an Volk und Land und daß sie auch entschlossen sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen!

Wie das aber durch die Flexibilität möglich werden soll, deren Wirkung eine Steigerung der Produktion um 25 Proz. nach Herrn Arnade sein würde, das bleibt nach wie vor in graues Dunkel gehüllt. Und weiter, wenn dabei der Arbeitslohn für das Stück statt mit 1 Mk. nur mit 0,40 Mk. sinkt, einkalkuliert zu werden braucht, was springt dann nachher bei der ganzen Aktion für den Arbeiter an höherem Lohn, zur Stärkung seiner Kaufkraft heraus? Im Üfer, die Vorteile der Normierung und Flexibilität hervorzuheben, sind annehmbar, was bisher immer, die Arbeiterchaft und die Angehörigen ebenfalls, völlig außer Betracht gelassen werden. Wir suchen in der Schilderung des Herrn Arnade vergeblich nach einer solchen Berücksichtigung. Die Anerkennung, daß die Kaufkraft gehoben werden muß, weil sie mangelhaft ist und daß infolgedessen die Wirtschaft starr, kann der Arbeiterchaft nichts nützen. Hinzu mit den Löhnen, herunter mit den Preisen, auch wenn die Profitrate dabei etwas schmaler wird, darauf kommt es an.

Was nicht es der Wirtschaft, wenn durch die Normierung weitere Arbeitskräfte abgehoben werden, dadurch werden die Abgabegüter nicht erweitert, sondern im Gegenteil noch weiter beschränkt.

Wir sind somit nicht in der Lage, den optimistischen Hoffnungen, die an die Einführung einer Normierung, verbunden mit Fleißarbeit, seitens der Industrie geknüpft werden, viel abzugewinnen.

Ob das Dauerende der Bevölkerung schon erheblich nachgelassen hat, ist ebenfalls sehr zu bezweifeln, und ebenso wenig teilen wir die Ansicht, daß wir die Wirtschaftskrise bereits überwunden haben. Die weltwirtschaftlichen Zustände sind verworren genug und sind schwer zu ordnen.

Korrespondenzen.

Aktia a. Rh. Versammlung vom 20. Oktober 1926. Der Saffler gab den Kassenericht vom 3. Quartal. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen 3599,80 Mark, der Lokalkasse 3764,37 Mark. Trophäum gegen das 2. Quartal ein Rückgang der Erwerbslosen Zahl um 5,4 Proz. zu verzeichnen ist, sind immer noch 18,4 Proz. der Gesamtmitglieder erwerbslos. Die einzelnen Branchen sind mit folgenden Sätzen beteiligt: Lederwarenindustrie 22,6 Proz., Tapezierer 12,6 Proz., Dekorationsmalerei 14,4 Proz., Autotatler 18,7 Proz., Treibriemen 24 Proz., Waggonsbau 71,4 Proz. Dann hielt Herr Redakteur für einen Vortrag über Nationalisierung, Sozialpolitik und Arbeiterchaft. Von den Zusammenhängen im Arbeitgeberverleger (national und international) ausgehend, zeigte der Redner an verschiedenen Beispielen welche gewaltigen Kapitalmassen sich da zusammenballen. Redner betonte, daß unter Nationalisierung im allgemeinen nur eine technische Verbesserung der Betriebe verstanden würde. Dem sei aber nicht so, auch die Arbeitskraft würde sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Früher war der Arbeiter mit dem Produkt, welches er anfertigte, verwachsen. In einem rationalisierten Betrieb ist er nur noch Lohnarbeiter. Die Arbeit ist entseelt. Eine große Zahl Arbeiter wird überflüssig. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer und es besteht auch keine Aussicht, daß sie in absehbarer Zeit geringer wird. Vergleiche zwischen Nord und dem deutschen Arbeitsgebiet zehrend, zeigte der Redner wie der Amerikaner seinem Arbeiter wenigstens eine kurze Arbeitszeit und einen angemessenen Lohn bewilligt. Aber auch in Amerika ist noch ein sehr großes Elend anzufahren. Die Einzeiler der deutschen Arbeiterchaft ist eine andere. Ganze Arbeitszeit und niedriger Lohn ist ihr Ideal. Auf die Rede Silberbergs solle man keine großen Hoffnungen setzen. Die Arbeitnehmerorganisationen sollten den Arbeitgebern ihre Forderungen unterbreiten. Es würde sich dann sofort zeigen, ob man den Löhnen Silberbergs etwas Gewicht beilegen könne. Sobald die Arbeitgeber die Friedenshohezeit erleben, haben sie die Arbeiterchaft nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch auf politischem Gebiet müßig der Arbeiterchaft betätigen. Hier werden sehr viel Fragen erledigt, die sehr einschneidend für jeden Arbeiter sind. Sozialgesetzgebung, Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffungs-, Arbeitsgerichtsrecht, das Arbeitslosenproblem, Sozialpolitik und die Steuerpolitik sind alles Fragen, welche das Leben der Arbeiterchaft sehr stark beeinflussen. Hier die Augen offen halten und die Partei unterstützen, welche die Interessen der Arbeiterchaft vertritt ist Pflicht eines jeden Arbeitnehmers. Reicher Beifall beehrte den Redner für

seine interessanten Ausführungen — Unter Verschiedenem wurde betont, daß man sehr häufig lese, daß Schutz für den älteren Angestellten verlangt würde, zum Teil auch habe dasselbe Recht wie der Angestellte. Hier einzugreifen und dafür zu sorgen, daß der Arbeiter dem Angestellten gleichgestellt würde, sei Willkür der Gewerkschaften. Nachdem der Kollege Radenhorst sich bereit erklärt hatte, stets einem reisenden Kollegen Quartier geben zu wollen und der Kollege Unger noch auf das am Samstag, dem 13. November stattfindende Sitzungsfest hinzudeuten hatte, konnte er die gutebeichte Versammlung schließen. C. Sch.

Celzlyg. Die am 12. Oktober d. J. gut besuchte Mitgliederversammlung hatte einen anderen Rahmen, als die sonstigen Versammlungen. Es war ein Werabend für die Konsumgenossenschaften. Genosse Hollinger von der Zentrale hatte das Referat über den Zweck der Genossenschaften. Die Genossenschaftsbewegung sei keineswegs neueren Ursprungs. Schon im Altertum findet man einen Zusammenfluß von Interessengemeinschaften. Die Hanse im Mittelalter konnte bis ins Herz Rußlands ihren Einfluß geltend machen. Die Genossenschaften sind ein Glied der modernen Arbeiterbewegung. Während auf politischem Gebiet die Arbeiterpartei die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt, wohnen sich die Gewerkschaften insbesondere den wirtschaftspolitischen Fragen. Auch die Genossenschaften sind ein Glied im Kampfe des Proletariats um seine Befreiung. Dadurch, daß der Arbeiter seinen Bedarf in seinen eigenen Genossenschaften deckt, entzieht er dem Privatkapital den Profit, ohne den es den Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht führen kann. Leider ist dieser Gedanke noch nicht in dem Erkenntnis der breiten Masse genügend verankert. Weiter schloß die Konsumgenossenschaften den Verbraucher vor Ueberverteilung. Ausgabe der Frau ist es, ihren Mann in seinem Existenzkampf zu unterstützen.

Dann wurde ein vierstättiger Film gezeigt, wo zu ersehen war, daß der Konsumtendenz insbesondere bezüglich des Brotes mit einer hygienisch einwandfreien Ware beiseite wird. Um den Zuhörer von der Qualität der eigens hergestellten Waren zu überzeugen, wurden am Ende der Versammlung noch einige Proben derselben verteilt. Möge ein jeder Kollege, der bis heute dem Konsum noch fernsteht, auf Grund des Gehörten und Gesehenen es sich zur Pflicht machen, schon morgen Mitglied des Konsumvereins zu werden. Walter Hämel.

Rundschau.

Monks Jänner f. Im Alter von 69 Jahren starb am 16. Oktober der Redakteur der Schweizerischen Beldungs- und Arbeiter-Zeitung. Mit Jänner scheidet ein alter Kämpfer aus dem Leben, denn er wurde schon 1885 Mitarbeiter am Schuttmacherorgan in Gaiho, von wo er 1887 ausgewiesen wurde. Er ging dann nach Zürich, wo er bald an die Spitze der Bewegung gelangte. Wie haben aus seiner Feder einige Arbeiten veröffentlicht, die von den Kämpfern Zeugnis gaben, die diesem bewährten Mann noch in letzter Zeit bereitet wurden, weil er an seiner Ueberzeugung festhielt. Sein Andenken wird fortleben.

Internationaler Gewerkschaftskongress. Der vierte internationale Gewerkschaftskongress findet 1927 vom 1. bis 6. August in Paris statt. Außer den Geschichtsberichten steht auf der vorläufigen Tagesordnung: Der organisatorische Aufbau des IGB, Angestellte, Beamte und freie Berufs in der Gewerkschaftsbewegung, Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen, Internationaler Kampf um den Achtstundentag, Die wirtschaftliche Weltlage, Arbeitsfrage und Kampf gegen Krieg und Militarismus usw.

Gründung einer Handwerkerkassette für Bureaubedarf m. H. S. durch den IGB. Unter dem Namen „Büropa“ hat der Vorstand des IGB. ein Unternehmern gegründet, welches den Zweck hat, den Gewerkschaftsbüros alle Bureaubedarfsmittel zu liefern. Die „Büropa“ liefert alles, was die Organisation im Bureau und Verwaltungsbetrieb benötigt. Es wird erwartet, daß aller Bedarf im eigenen Geschäft der Gewerkschaften gedeckt wird.

Die Geschäftsräume befinden sich in Berlin S. 14, Sebastianstraße 61.

Sozialistischer Kulturbund. Der im Jahre 1925 gegründete Sozialistische Kulturbund hat in Wien (Löhningen) seinen ersten Kongreß abgehalten. Der Bund umfaßt alle auf dem Gebiete der Arbeiterbildung tätigen Körperchaften, d. h. die sozialistische Partei, die Gewerkschaften, die Bildungsausschüsse, die sozialistischen Lehrervereinigungen, die Kinderfreunde, die Arbeitergefangenenvereine, die sozialistische Arbeiterjugend und die Sportverbände. Die Organisation verfolgt das Ziel, alle Verbände und verwandten Organisationen zu einer Kulturgemeinschaft zusammenzufassen, die sich das Ziel setzt, alle Verbände unter völliger Abhängigkeit ihrer Selbständigkeit und ihres eigenen Lebens doch zur Förderung der sozialistischen Weltanschauung, zur Festigung des sozialistischen Kulturbewußtseins, zur Verinnerlichung des sozialistischen Kulturbewußtseins und, wo es möglich ist, auch zu gemeinsamen Vorgehen zu veranlassen.

Der Kongreß nahm einen sehr erfolgreichen Verlauf. H. Stein hielt einen Vortrag über „Die kulturelle Lage der Arbeiterklasse“, in dem er ausführte, daß die Arbeiterklasse selbst dafür sorgen müsse, daß der Bildung der bürgerlichen Klasse auf dem Gebiete der Bildung eingeholt wird. Weitere Redner behandelten das Kulturproblem von den verschiedenen Standpunkten aus. Allen Reden folgten Diskussionen, ferner wurden Abende für turnerische Vorführungen usw. veranstaltet.

Bücherchau.

Heft 20 der „Sozialen Demokratie“ behandelt speziell die Wohnungsfrage. Die Dewag (Deutsche Wohnungsfrage) hat allein in Berlin in zwei Jahren 1200 Kleinwohnungen gebaut.

Im Verlag von J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW. 68, erschien „Nagen Eins“ Nr. 42. Preis 25 Pf. Das Blatt bringt wieder manche gute Satire und Karikatur auf die herrschenden Zustände.

„Die Reichsbannerzeitung“ Nr. 42 ist wie immer mit zahlreichen guten Illustrationen und lehrlichem Inhalt ausgestattet.

„Die Frauenwelt“, Preis 30 Pf., bringt gute literarische Beiträge und eine interessante Modebeilage mit Schnittmusterbogen.

„Die Gemeinde“, Heft 19, bringt zahlreiche Aufsätze über das kommunale Gebiet und die Verwaltung. Monatspreis 90 Pf.

Im Verlag von E. S. Müller u. Sohn, Berlin, Kochstr. 68/71, erschien „Gewerkschaften Rechnen des Tapezierers“. Ein Lehrbuch für Fachschulen von W. Wegener, Gewerbe-Übersetzer.

Das Buch führt den Tapeziererlehrling nicht nur in das fragliche Wissensgebiet ein, es behandelt auch Gebiete des allgemeinen Wissens. Z. B. das Gebiet des Wertes in seinen verschiedenen Zweigen, die Werkzeuge und die Arbeiten des Tapezierers, das Gebiet der Sozialgesetzgebung, die Ausführung, Kalkulation usw. Das Buch kann keines reichen Inhalts wegen bestens zur Anschaffung empfohlen werden.

Verbandsnachrichten.

(Beschlüssenachrichten des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 1. bis 7. Nov. ist der 44. Wochenbeitrag fällig. Wer sich vor Schaben schützen will, bezahle seine Beiträge rechtzeitig.

Alle Verwaltungenstellen, welche die Monatsbeiträge für den Monat Oktober noch nicht an die Hauptverwaltung eingeleistet haben, werden dringend ersucht, das bisher Veräumte bis spätestens zum 6. November nachzubolen.

Arbeitsannahme im Ausland. Wiederholt haben wir schon darauf verwiesen, daß die Kollegen bei Arbeitsannahme im Ausland die möglichste Vorsicht anzuwenden haben. Immer wieder hört man von Fällen, daß infolge der inneren wirtschaftlichen Not in unserm eigenen Lande die Kollegen den lockenden Angeboten der Auslandsagenten nicht widerstehen können und dann in Arbeitsverhältnisse eintreten, die jeden geistlichen Schutzes entbehren und bald brotlos wieder auf der Straße liegen.

So werden wir zuerst amiliderseits darauf aufmerksam gemacht, daß starke Bestrebungen in der Schweiz festgelegt wurden, gelernte Facharbeiter unter Vorbehalt einer guten Entlohnung nach dort hinzuziehen und ungelernete Kräfte in die Fertigkeiten der Fabrikation einzuführen. Sobald genügend Hilfskräfte ausgebildet sind, wird der Ausländer wieder entlassen. In den meisten Fällen haben die nach dem Ausland abgezogenen Kollegen ungenügende Kontrakte abgeschlossen, die es den Unternehmern ermöglichen das Arbeitsverhältnis beliebig zu lösen. Im eigenen Interesse der Kollegenchaft liegt es, wenn sie die allergrößte Vorsicht üben und sich abgebenfalls an die örtlichen Gewerkschaftsinstanzen um Rat wenden.

Die nachstehenden Mitgliedsbücher sind zwecks Regelung der bezogenen Unterfügungen anzuhalten und an die Hauptverwaltung einzuliefern:

- Erwin Krüdemeyer, Buchnummer 34 864, Kurt Henze, Buchnummer 37 693, Max Reich, Buchnummer 31 939, Drag Reinhardt, Buchnummer 20 310, Paul Kother, Buchnummer 17 798. Desgleichen die Mitgliedskarte Nr. 50 495, auf den Namen Gustav Henze, da derselbe als Untersekretär des Reichsbanner-Vorstandes noch abzurechnen hat.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Tapezierer und Näherinnen aller Branchen. Verammlung am Freitag, den 12. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Vortrag: „Lehrjahrsprobleme im Tapeziererberuf.“ Referent: Kollege Otto. Die Beteiligung aller Kolleginnen und Kollegen wird erwartet. Die Branchenleitung.

Abfingung! Aktia a. Rh. Abfingung! Am Sonnabend, den 13. November, findet im Ferialpalast (am Ferialplatz, Eingang Antwerpener Str.) unser diesjähriges

Sitzungsloft unter Mitwirkung namhafter Künstler statt. Sofort 12 Uhr große Vertisung.

Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 6 1/2 Uhr. für Karten zum Preise von 1 Mk. für Herren und 75 Pf. für Damen sind bei den Vertreterinnen und auf dem Verbandsbureau zu haben. Erwerbslose Verbandsmitglieder mit ihren Frauen und Lehrlinge erhalten Freitickets auf dem Verbandsbureau.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Festleitung.

Sterbefälle.

Bremen. Am 27. Oktober starb unser Mitkollege Heinrich Petermann, Tapezierer, im 52. Lebensjahre. Er war seit 20 Jahren ein treues Mitglied. Dresden. Im Alter von 60 Jahren starb Frau Panofka, Treibriemenmacherin. Ihre Hinterbliebenen!